

„Naher Osten – ferner Frieden? Der Nahostkonflikt als Herausforderung für Deutschland und Europa“

von Reiner Bernstein¹

Wir sind heute Abend 24 Stunden nach dem als schicksalhaft bezeichneten Treffen zwischen Barack Obama und Benjamin Netanyahu in Washington zusammen. Gestern meldete der israelische Armeefunk den Bau der neuen Siedlung Maskiot im Norden der Westbank – zwei Wochen nachdem US-Vizepräsident Joe Biden vor dem „American Israel Affairs Committee“ – hierzulande als die „jüdische Lobby“ bekannt – gefordert hatte, dass Israel keine neuen Siedlungen bauen dürfe. Obama hat dieses Petitum wiederholt, doch eine entsprechende Zusage des israelischen Regierungschefs steht aus. Welche Resonanz die Dringlichkeit auslösen wird, die Obamas Außenministerin Hillary Clinton der Forderung beigegeben hat, muss sich noch zeigen.

In der höchst interessanten Biographie von Elisabeth Bumiller über Condoleezza Rice² habe ich die Warnung gelesen „Wenn die Spitzenpolitiker im Weißen Haus diskutieren, sollen die Berater gefälligst schweigen.“ Deshalb schätze ich mich glücklich, dass ich bei Ihnen hier in Tutzing und nicht in Berlin mit diskutieren darf.

Gleichwohl habe ich mir die Frage gestellt, worin mein Beitrag bestehen könnte. Was dürfen Sie heute Abend von mir erwarten? Eines vorweg: Meine Ideen zur deutschen und europäischen Diplomatie sind als Anregungen und Empfehlungen gedacht, und

¹ Knapp ergänzte Fassung des Referats gehalten auf der Abendveranstaltung des „Liberalen Forums Fünfseenland“ in der Politischen Akademie Tutzing am 19.05.2009 unter Beteiligung der bayerischen Landesvorsitzenden der FDP und stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Sabine Leutheusser-Schnarrenberger. Die Moderation lag bei Rainer Sobek.

² Elisabeth Bumiller: Condoleezza Rice. An American Life. Random House: New York 2009.

wenn sie in den Gremien Ihrer Partei und in den Ausschüssen des Bundestages noch einmal aufgegriffen würden, wäre ich dankbar und hoch zufrieden. Ich selbst benutze schon lange nicht mehr den Begriff „Lösung“, weil er einem Verständnis von Gerechtigkeit folgt, bei dem eine der beiden Seiten Niederlagen hinnehmen müsste. Sondern ich spreche von „Regelungen“, die an die politische Vernunft appellieren.

Ich beabsichtige nicht, Ihnen zum x-Mal die „essentials“ einer Friedensregelung vorzutragen und Sie damit zu langweilen, sie sind seit langem bekannt. Vielmehr geht es mir darum, über Möglichkeiten und Optionen zu sprechen, zu denen sich die deutsche und die europäische Politik nach meinem Eindruck nicht hinlänglich geäußert hat – oder vor deren Umsetzung die Hauptstädte zurückgeschreckt sind. Die oft geführten Diskussionen um die Legitimität auswärtiger Einmischungen sind dazu angetan, prozedurale Chancen zu verschleiern.

Oslo: „Die vereitelte Ebenbürtigkeit“³

Ich bin von Anbeginn ein Skeptiker gegenüber den Hoffnungen gewesen, die weltweit mit den Osloer Vereinbarungen von 1993 und 1995 verbunden wurden; die Voraussetzungen dafür waren alles andere als günstig, wie vor kurzem noch einmal irrtümlich behauptet worden ist. Denn erstens handelte es sich nicht um Verträge, in denen die eine Seite zumindest theoretisch die Ebenbürtigkeit der anderen anerkannt hätte. Sondern sie setzten zweitens gleichsam einen Schlussstrich unter die Unebenbürtigkeit der Palästinenser und konsolidierten damit drittens das politische Machtgefälle aufgrund des Aufschubs aller zentralen Fragen bis 1999. Während Yasser Arafat auf eine zwingende Automatik setzte, der sich Israel

³ „Die vereitelte Ebenbürtigkeit“, Kap. II meines Buches „Der verborgene Frieden. Politik und Religion im Nahen Osten“. Berlin 2000, S. 33 ff.

schließlich würde beugen müssen, hat die internationale Gemeinschaft nicht verstanden, dass im Nahen Osten jedes Jahr eine Ewigkeit bedeutet.

Von den Vereinbarungen ging aber auch eine Bedrohung der politischen Identität Israels aus. Denn der Mord an Yitzhak Rabin am 4. November 1995 war mit dem Verdikt begründet worden „Wen das Land nicht kümmert, um den kümmert sich das Land nicht“⁴.

Schließlich und letztlich schrieb Oslo das Monopol des israelischen Militärs und der harten Siedlerszene fest und beschleunigte die Unterwanderung der staatlichen Institutionen durch diese Formationen der außerparlamentarischen Opposition. Ihnen ist es gelungen, Schaltstellen in den Parteien und in der Ministerialbürokratie mit Anhängern und Sympathisanten zu besetzen. Der israelische Soziologe Ehud Sprinzak hat dieses Phänomen der Demokratieabkehr Anfang der 1990er Jahre als „Eliten-Illegalismus“ dekodiert.

Allein mit dieser Art der „hard power“ und mit dem Vertrauen auf die Schwäche der palästinensischen und arabischen Gegner, die in dem Satz „Mit solchen Feinden können wir uns ein paar Fehler erlauben“ zusammengefasst worden ist⁵, wird jedoch der Staat Israel nicht überleben können. Vielmehr muss seine Politik das Ihre dazu beitragen, dem Frieden mit seinen Nachbarn hohe Priorität einzuräumen.

Die Palästinenser haben auf die Okkupation und auf die Absperrungen, die mit der Blockade des Gazastreifens nicht begannen, sondern nur ihren bisherigen Höhepunkt erreichten, mit Selbstmordattentaten und mit Raketenangriffen auf die israelische

⁴ Reiner Bernstein: Geopolitik in Israel, in „Geopolitik. Grenzgänge im Zeitgeist“, Band 1.2 / 1945 bis zur Gegenwart, hrsg. von Irene Diekmann, Peter Krüger und Julius H. Schoeps. Potsdam 2000, S. 521 ff.

⁵ Kritisch Zeev Moaz: Defending the Holy Land. A Critical Analysis of Israel's Security & Foreign Policy. Ann Arbor 2009.

Zivilbevölkerung geantwortet, und wenn dabei nicht mehr Menschen ums Leben gekommen sind, hängt dies ausschließlich mit dem technologischen Rückstand ihres Waffenarsenals zusammen. Das wird nicht immer so bleiben.

Die innerpalästinensische Konfrontation

Die Konfrontation zwischen der Mehrheitsfraktion in der PLO, „Fatah“, und der „Islamischen Widerstandsbewegung (Hamas“) führt in die späten 1980er Jahre zurück. Es ging um die Begrenzung der nationalen palästinensischen Ansprüche auf den Ostteil Jerusalem, die Westbank sowie den Gazastreifen, mithin also um eine Anerkennung der Zweistaatenregelung, die in der virtuellen Unabhängigkeitserklärung des Palästinensischen Nationalrates vom November 1988 ihren dokumentarischen Ausdruck fand. Seither hat sich an der Konkurrenz zum Anspruch von „ Hamas“ auf ganz Palästina prinzipiell nichts geändert, wie ihre Charta belegt, auch wenn die realistischen Kräfte in ihren Reihen mehrfach politische Beweglichkeit an den Tag gelegt haben.

Seit Mitte 2007 – der Abtrennung des Gazastreifens von der Westbank – ist die Rivalität zwischen den palästinensischen Fraktionen endgültig offen zu Tage getreten. Die rivalisierenden Parteien können sich nicht darüber verständigen, auf welches Ergebnis der sogenannte Friedensprozess hinauslaufen wird, ob er zur Gründung des Staates Palästina in den Grenzen vor dem Junikrieg 1967 oder in die Vertiefung der Okkupation führt. Dieser tiefe Zweifel hat nicht nur die arabischen Regierungen, sondern mehr noch die „arabische Straße“ erfasst.

Wenn meine Frau und ich unsere Gespräche und Begegnungen vor sechs Wochen im Libanon – von dem immer behauptet worden ist, dass er einem politischen Pragmatismus gegenüber seinem Nachbarn im Süden huldigen möchte, welcher sich jedoch mit dem

Krieg im Sommer 2006 endgültig erledigt hat – noch einmal Revue passieren lassen, dann lässt sich die Dramatik des Zusammenbruchs aller Friedenshoffnungen im Umfeld Israels kaum überbieten.

Ich behaupte folglich – und bin mehr denn je davon überzeugt –, dass der kulturelle Fremdkörper Israel von der moslemisch-arabischen Welt nur dann akzeptiert werden wird, wenn sich der Disput mit den Palästinensern überwinden lässt, und zwar nicht im Sinne eines „Patronatskolonialismus“, um die Kritik des Jerusalemer Soziologen Meron Benvenisti zu referieren, der sich in Netanyahus Vorstellung eines „ökonomischen Friedens“ widerspiegelt. In den Friedensverträgen mit Ägypten und Jordanien tauchten lediglich die Begriffe „Souveränität“, „Integrität“ und „politische Unabhängigkeit“, nicht aber „jüdische Identität“ auf. Erst bei der Konferenz von Annapolis im November 2007 setzte Ehud Olmert diese Bedingung auf die Tagesordnung. Von seinem Amtsnachfolger ist sie übernommen und rhetorisch noch einmal zugespitzt und verschärft worden. Dabei ist diese Forderung bereits vor zwei Jahrzehnten von dem Jerusalemer Soziologen Baruch Kimmerling dahingehend beantwortet worden, dass die Realisierung der zionistischen Idee ein „jüdischer Staat“ sei, dass aber die Definition von „Judaismus“ mehrere Interpretationen zulasse: eine religiöse, eine säkular-nationale oder eine säkular-nationalistische Auslegung, die auf ausgewählten religiösen Bausteinen errichtet sei.

Seit 1993 und seit dem Beginn des „Friedensprozesses“ sind mehr als hundert Siedlungen und Außenlager errichtet worden, und die Zahl der Siedler ist von 110.000 auf fast 300.000 gestiegen – die 200.000 jüdischen Israelis in Jerusalem nicht mitgerechnet. Die Vorstellung vom gemeinsamen Staat für Juden und Araber, für Israelis und Palästinenser scheint also unabweisbar zu werden. Vordergründig wäre damit der bekannten Vorgabe des früheren Außenministers Abba Eban Rechnung getragen, dass Geschichte und Geographie von Juden und Arabern in Palästina unentwirrbar

miteinander verknüpft seien. Dennoch bleibt der gemeinsame Staat auf der Grundlage politischer und kultureller Koexistenz unter den gegenwärtigen Bedingungen eine eskapistische Illusion.

Die Palästinenser brauchen mindestens eine historische Sekunde lang das Gefühl der nationalen Unabhängigkeit, um einen der führenden palästinensischen Intellektuellen, Faisal Hussein, zu zitieren. Erst dann werden sich möglicherweise Chancen für andere politische Optionen am Horizont abzeichnen.

Erwartungen und Empfehlungen

Die Parteien und das Außenministerium der Bundesrepublik Deutschland sind in ihren politischen Urteilen über den israelisch-palästinensischen Konflikt nicht weit voneinander entfernt. Desto überraschender war für mich die Nahost-Debatte am 14. Januar 2009 im Bundestag, weil sie zwischen Ratlosigkeit und Frustration changierte.

Von außen „durchsetzen“ (Gregor Gysi) – auch nicht von Europa und den USA – lässt sich der Frieden nicht. Ein Diktat würde fehlschlagen. Denn die Staaten und Parteien in der Region haben immer Mittel und Wege gefunden, um weit maßvollere Vorgaben auszuhebeln oder gar in ihr Gegenteil zu verkehren. Es geht vielmehr um nachdrückliche Aufforderungen an beide Parteien, unter Würdigung des Machtgefälles zwischen ihnen ihrer Pflicht zum Frieden nachzukommen. Dazu bieten sich auf der intergouvernementalen Ebene manche prozeduralen Schritte an. Dabei beschränke ich mich auf die israelisch-palästinensische Szene, wohl wissend, dass es ohne eine Verständigung zwischen Israel und Syrien, die neben den Golanhöhen und Libanon („Hisbollah“) das heikle Verhältnis zwischen Damaskus und Teheran

berühren würde, keinen Frieden geben wird, in den Israel integriert wäre.

Dazu sind allerdings auch auf arabischer Seite erhebliche Schritte vonnöten: die Achtung universaler Menschenrechts- und allgemeiner Freiheitsstandards wie Frauenrechte, die Informations- und Meinungsfreiheit sowie die Versammlungsfreiheit und Religionsfreiheit. Wer immer palästinensische Flüchtlingslager im Libanon besucht hat, wird die Überzeugung mitbringen, dass die Menschenwürde alles andere als hoch im Kurs steht und dass infrastrukturelle Verbesserungen auf den Gebieten Wohnen, Arbeiten, Bildung und Erziehung sowie medizinische Versorgung überfällig sind und den Bewohnern der Lager unter schwer begreiflichen Argumenten versagt werden. Ich sage dies deshalb, weil in öffentlichen Debatten häufig der Eindruck vermittelt wird, dass nur Israel einen kräftigen Nachholbedarf habe.

Ich möchte meine Empfehlungen an drei Adressen richten:

1. Die deutsche und europäische Adresse

Mit der Zusage Barack Obamas, vom nahostpolitischen Unilateralismus Abschied zu nehmen und die Absprache mit Europa zu suchen, dürften die jahrzehntelangen Alleingänge Washingtons der Vergangenheit angehören. Diese Ankündigung wäre zwar nach den gegenläufigen Erlebnissen der Vergangenheit auf ihre Belastbarkeit zu prüfen, aber sie erscheint mehr denn je plausibel. Denn gerade im Zuge des Bemühens, die schweren Erbschaften der Bush-Ära mit den Herausforderungen im Irak, gegenüber Iran und in Afghanistan/Pakistan aufzuarbeiten, sollten die Europäer wie auf anderen Gebieten auch dieses Angebot Washingtons zur Hilfe ernst nehmen, damit die Regelung des israelisch-palästinensischen Konflikts nicht erneut in die Mühlen des diplomatischen Nullsummenspiels gerät; schließlich steht die politische

Wahrhaftigkeit ihrer rhetorisch strapazierten Formel vom Nahen Osten als „Hinterhof Europas“ auf dem Spiel (dass sie einen peinlichen Nachgeschmack im Nahen Osten auslöst, sei lediglich angemerkt). Aus eigenem Recht wäre es wünschenswert gewesen, wenn Regierung und Parlament in Berlin jenes Versäumnis vermieden hätten, dass der US-Administration von einem ihrer politischen Berater seit den 1970er Jahren, Aaron David Miller, mehrfach vorgehalten worden ist: mit der israelischen Regierung ernsthaft über die Siedlungspolitik zu sprechen. Auch die Arabische Friedensinitiative von 2002 hätte es verdient gehabt, frühzeitig unterstützt zu werden. Selbst Israels Staatspräsident Shimon Peres hat in seiner Rede vor der UN-Vollversammlung im Herbst vergangenen Jahres diese Vorlage gewürdigt.

Zu einer europäischen Neuorientierung bedarf es allerdings mehr als die Fortsetzung des bisherigen Krisenmanagements und des „social engineering“ vor Ort. Denn nach allen Erfahrungen konsolidieren beide Ansätze die Position der Extremisten und enttäuschen jene Kräfte, die schon aus Gründen der tiefen Ermüdung und Frustration auf beiden Seiten auf das Ende der Feindschaft drängen.

Solange die israelische Politik die Gründung eines souveränen Staates Palästina verweigert, kann niemand von den Palästinensern verlangen, dass sie den Staat Israel – mit welcher selbstgewählter Identität auch immer – anerkennen. Europa untergräbt jedoch seine eigenen Forderungen, wenn es dem innerpalästinensischen Dialog Hindernisse wie den Boykott von „Hamas“ in den Weg legt. Denn dieser ruiniert nicht den organisatorischen und ideologischen Kern der Islamischen Widerstandsbewegung, sondern die periodische Sperrung der Grenzübergänge Erez, Karni, Sufa und Kerem Shalom für unterschiedliche Hilfsgüter treffen 1,5 Millionen Palästinenser. Wer die Zweistaatenregelung nur an das Ende von Gewalt und Terrorismus bindet, steht augenscheinlich unter dem Eindruck, dass den Palästinensern ein genetischer Defekt innewohnt, der keiner weiteren Begründung für Selbstmordattentate und Raketen bedürfe.

Seit dem letzten Jahr ist die Zahl der palästinensischen Stimmen immer größer geworden, die der internationalen Gemeinschaft von weiteren großzügigen Finanztransfers an die Autonomiebehörde in Ramallah abraten, solange diese nicht in der Lage sei, der israelischen Siedlungspolitik Einhalt zu gebieten. Denn die politisch auf Machmud Abbas zugeschnittenen Finanzhilfen spalten die palästinensische Gesellschaft zusätzlich und entbinden Israel von seinen Verpflichtungen gemäß den internationalen Rechtskodizes, seine Verantwortung als Besatzungsmacht wahrzunehmen oder die Okkupation zu beenden.

Ich plädiere daher für die Verknüpfung künftiger Finanzhilfen mit der Definition politischer Ziele, um den von George Soros verwendeten Begriff der „politischen Philanthropie“ aufzunehmen. Dazu gehört die Entscheidung, wie die von den Konfrontationsparteien beschworenen legitimen Interessen zu beurteilen sind und welchen Beitrag diese für das Ziel eines politischen Friedens leisten.

Ich füge hinzu: Hiesige Diskussionen um die Entsendung von Militäreinheiten sind der Widerschein unerledigter politischer Aufgaben. Wenn eine solche Stationierung tatsächlich ins Auge gefasst werden sollte, müssten sie nicht nur auf palästinensischem, sondern auch auf israelischem Territorium stationiert werden. Eine solche generelle Entscheidung würde Israel nicht hinnehmen – ganz abgesehen von Entscheidungen, mit welchem Mandat die Soldaten ausgestattet und wo sie zu stationieren wären: mitten in der Westbank, im Ostteil Jerusalems oder entlang der „Grünen Linie“ vor 1967?

2. Die israelische Adresse

Die israelische Politik muss dazu veranlasst werden, einen Friedensplan vorzulegen, der diesen Namen verdient. Sie kann nicht

immer neue Voraussetzungen für die Regelung des Konflikts mit den Palästinensern vorgeben – nach dem „Kein Partner“-Slogan, der einst auch auf Abbas zielte, und der Ächtung von „ Hamas“ nunmehr die nukleare Aufrüstung Irans. Ehud Barak hat jüngst noch einmal betont, dass der Staat Israel stark und nicht mit der einstigen Ohnmacht der Juden Europas vergleichbar sei. Angesichts der international verbürgten Sicherheitsgarantien für den Staat Israel ist diesem die Bereitschaft zur Gründung des unabhängigen und souveränen Staates Palästina sehr wohl zuzumuten.

Im Übrigen lässt sich die iranische Bedrohung durch die politische Zusammenarbeit Israels mit den Palästinensern und den arabischen Nachbarn neutralisieren.

Ich bin sehr erstaunt, dass das seit 1968 von israelischen Völkerrechtslehrern – ich nenne Yehuda Blum, Meir Shamgar, Yoram Dinstein und Meir Rosenne – behauptete und verbreitete Narrativ fast keine europäische Resonanz gefunden hat, wonach es sich bei der Westbank um ein völkerrechtlich „umstrittenes Territorium“ (zuletzt noch einmal Netanyahu) handele, auf das Israel nicht nur aufgrund von Geschichte und Religion, sondern auch deshalb Anspruch erheben könne, weil es über die Westbank und über den arabischen Teil Jerusalems vor dem Junikrieg keine völkerrechtlich anerkannte Souveränität gegeben habe. Die Thesen werden vierfach begründet:

- dass das „Mandate for Palestine“ des Völkerbundes von 1921 und das Weißbuch von Kolonialminister Winston Churchill ein Jahr später Palästina geteilt habe, was von der zionistischen Führung zähneknirschend hingenommen, als ideeller Topos aber nie förmlich aufgegeben wurde. Auch deshalb haben es alle israelischen Regierungen vermieden, Grenzverläufe zu definieren;
- dass die einseitige jordanische Annexion der Westbank im April 1950 selbst von der Arabischen Liga nicht anerkannt worden sei;

- dass Jordanien durch seine Mitwirkung im 6-Tage-Krieg seine Vorrechte endgültig verwirkt habe und – ich füge hinzu

- dass die Erklärung König Husseins vom Juli 1988, seinerseits auf die Westbank zu verzichten und die PLO als Rechtsnachfolgerin einsetzen zu wollen, dem national-palästinensischen Anliegen Schaden zugefügt hat, weil die PLO als eine revolutionäre Dachorganisation keinen international verbürgten Rechtstitel geltend machen konnte.

Selbst der von der üblichen Polemik Abstand nehmende emeritierte Politologe an der Hebräischen Universität, Shlomo Avineri, hat sich bei aller Würdigung der Arabischen Friedensinitiative gegen deren Forderung verwahrt, die Siedlungen aufzulösen, und darauf bestanden, dass diese zur künftigen Verhandlungsmasse gehören würden⁶. Der Konsens ist in dieser Frage wie in Sachen „Jerusalem“ und „Flüchtlinge“ breit angelegt und überschreitet die Parteigrenzen.

Zusätzlich zur Enteignung erheblicher Teile privater palästinensischer Bodenflächen und zur Einrichtung militärischer Sperrgebiete hat Israel bereits in den 1970er Jahren damit begonnen, jordanisches Kronland in Staatsbesitz zu übernehmen, so dass die Siedler heute nach Auffassung der Regierung ein „Anrecht auf ein normales Leben“ – so Regierungssprecher Mark Regev – geltend machen könnten. Die Nachricht der von Theodor Herzl nach Palästina entsandten Botschafter an den ersten Zionistenkongress in Basel 1897 „Die Braut ist schön, aber sie ist mit einem anderen Mann verheiratet“ ist längst vergessen.

Überlässt Europa der israelischen Politik unwidersprochen diese Interpretationen, bestätigt sie die Auffassung, dass allein die

⁶ Shlomo Avineri: Worauf die Saudis abzielen, in „Haaretz“ 21.09.2009 (Hebr.). Der Artikel war eine Antwort auf den Gastbeitrag des saudischen Prinzen Turki al-Faisal in der „New York Times“ am 14.09.2009.

Kabinette in Jerusalem über die Qualität künftiger Verhandlungen und ihrer Ergebnisse entscheiden. Während – wie jüngst von einem der führenden Kommentatoren Israels unterstrichen worden ist – nur ein Blinder glauben könne, dass Israels Sicherheit von den Siedlungen abhängig sei, sondern sie sogar gefährde, hat sich die vielerorts in Europa gängige Unterscheidung zwischen „illegalen Außenlagern (outposts)“ und Siedlungen erledigt, wie sie nicht nur in der „Road Map“ vorgenommen worden ist. Denn sie läuft im Sinne des von Blum et al. vorgegebenen Diskurses darauf hinaus, der Siedlungspolitik einen historisch herleitbaren Rechtscharakter zuzusprechen.

Die Regelung des Konflikts mit den Palästinensern sollte nicht von der Aufwertung der Beziehungen zu Europa abgekoppelt werden, sondern diese wäre mit vier Bedingungen zu verknüpfen:

- unzweifelhafte Fortschritte auf den Weg in die bilateral vereinbarte Zweistaatenregelung,
- Gewährleistung palästinensischer Souveränität im Ostteil Jerusalems,
- ersichtliche Fortschritte bei der Regelung des palästinensischen Flüchtlinsproblems auf der Grundlage der Arabischen Friedensinitiative und der Genfer Initiative von 2003 und
- Einbindung Israels in die politischen Strukturen Europas, um auf die operativ umgesetzten Souveränitätsvorbehalte mäßigend einzuwirken.

Der Abbau einer einzigen jüdischen Siedlung wird länger auf sich warten lassen als der innerpalästinensische Ausgleich. Die israelische Politik und weite Kreise der israelischen Bevölkerung lehnen einen begründbaren Zusammenhang zwischen der Siedlungspolitik und palästinensischer Obstruktion ab. Netanyahu

Ankündigung, einige „outposts“ aufzulösen, wird nicht anders als in der Vergangenheit darauf hinauslaufen, für ihre Bewohner in den Siedlungen Raum zu schaffen und dafür das Argument ihres „natürlichen Wachstums“ zu verwenden.

Sosehr die Idee einer ständigen Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit im Nahen Osten nach dem Helsinki-Modell auf den ersten Blick bestechen mag, so sehr muss schon bei ihrer Konstituierung auf die politische Ebenbürtigkeit aller Beteiligten geachtet werden. Denn es ist zumindest gegenwärtig unvorstellbar, dass Israel den Palästinensern diesen Status zugesteht.

In diesem Sinne hat sich jüngst Josef Joffe (Herausgeber der ZEIT) in einem strukturklärenden Beitrag für das „Begin Sadat Center“ an der Bar-Ilan University geäußert: Sosehr Israel die in Europa vorherrschenden politischen, verfassungsrechtlichen und wirtschaftlichen Standards erfülle, und zwar ungeachtet der Bedenken einer neuerlichen Erweiterung der Europäischen Union – Stichwort „Türkei – und der pro-arabischen Staaten an den Nordküsten des Mittelmeeres, so sehr würde Israel im Zuge einer Formalisierung seiner Anbindungen an Europa Teile seiner strategischen Handlungsfreiheit einbüßen, so Joffe. Denn zu erwarten sei, dass Israel im Falle einer Nato-Zugehörigkeit seine Kriege mit den arabischen Nachbarn allein werde führen müssen und seinerseits nicht auf das Grüne Licht des Nato-Rates warten könne. Die Nato selbst werde ihr Mitgliedsangebot an die Bedingung knüpfen, Israels strategische Optionen zu kontrollieren. Joffe fragte deshalb, ob Israel „solche Ketten“ akzeptieren könne und auf seine strategische Autonomie verzichten werde. Ich kann mir das schwer vorstellen.

3. Die palästinensische Adresse

Die Auseinandersetzungen zwischen „Fatah“ und „ Hamas“ kommen aus einer national-palästinensischen Perspektive einer Katastrophe gleich. Denn sie erwecken den Eindruck, wenn sie ihn nicht gar verstärken, dass das Zerwürfnis ein (weiterer) Beleg für die staatspolitische Unreife der Palästinenser sei. Die Verständigung zwischen den rivalisierenden Fraktionen über einen gemeinsamen politischen Weg in den Staat Palästina neben dem Staat Israel bleibt deshalb die Voraussetzung für das Vertrauen und die Zusage der internationalen Gemeinschaft, dass dem palästinensischen Volk das legitime Recht auf einen souveränen Staat zusteht. Das im Mai 2009 nicht weniger als 56 Prozent der Palästinenser in der Westbank und im Gazastreifen einen Misserfolg der Gespräche in Kairo erwarteten, ist ein schlechtes Zeichen.

Von europäischer Seite wie im Rahmen der internationalen Berliner Geberkonferenz im Juni 2008, auf „Ramallah“ zu setzen, will bewusst übersehen, dass „ Hamas“ in allen Teilen der palästinensischen Gesellschaft tief verwurzelt ist – nicht wegen ihrer gewaltsam-terroristischen Komponenten, die vor der Ausschaltung oder gar der Eliminierung von Gegnern in ihrem Machtbereich nicht haltmachen, sondern weil sie als die einzige Kraft wahrgenommen wird, an der der weit verbreitete Vorwurf der billigen Kollaboration mit Israel abprallt, der zu Recht oder zu Unrecht gegenüber der Autonomiebehörde erhoben wird. Gerade deshalb würde es dem Nachweis der eigenen politischen Redlichkeit dienen, dass „ Hamas“ aus ihrer Charta jene Aussagen streicht, die die Legitimität des Staates Israel prinzipiell bestreiten, Verhandlungen über die Zweistaatenregelung von Grund auf ablehnen und zur Zerstörung Israels aufrufen. Die von Israel vorgetragene Sicherheitsbedürfnisse ernst zu nehmen, aber gleichzeitig auf ihren Kern zurückzuführen – den Souveränitätsvorbehalt über die palästinensischen Gebiete zu bestreiten –, bildet die Voraussetzung,

von der Regierung in Jerusalem essentielle Fortschritte im Verhältnis zu den Palästinensern einzufordern.

Bei einer Konferenz in Ost-Jerusalem habe ich im November 2008 die palästinensischen Referenten und Teilnehmer darauf aufmerksam gemacht, dass die westlichen Geberländer unter dem Druck ihrer eigenen Finanz- und Wirtschaftsprobleme versucht sein könnten, das Stopfen palästinensischer Haushaltslöcher erheblich zurückzuschrauben – mit zu befürchtenden katastrophalen humanitären Folgen. Diese Art der fortwährenden Unterstützung ist also, um dem eigenen politischen Anspruch Genüge zu tun, an grundlegende innerpalästinensische Reformen auf den Gebieten „Wahlmodus“, „Regierungsbeteiligung“, „Sicherheitsdienste“ und „Neukonstruktion der PLO“ zu binden, die in Kairo zur Debatte stehen. Bleibt der Schulterschluss aus, werden sich die Europäer fragen müssen, welchen Anteil sie am Scheitern tragen. Inzwischen ist von Robert Malley und Hussein Agha in der „New York Review of Books“ sogar die Vermutung geäußert worden, dass die einseitige westliche Unterstützung für die Autonomiebehörde die Legitimität ihres Präsidenten in der palästinensischen Gesellschaft schwächen würde.

Schlussbemerkungen

Alle wissen mehr oder weniger, was in einem Friedensvertrag stehen wird. Was fehlt, sind die Unterschriften. Sollten sich die radikalen Teile in der israelischen, in der palästinensischen und in der arabischen Gesellschaft durchsetzen, käme ihr Sieg einer fundamentalen Niederlage der internationalen Diplomatie gleich.

Nachdem alle Bemühungen um Zwischenschritte auf dem Weg zu einer Schlussvereinbarung Makulatur geblieben sind, „muss der Prozess vom Ergebnis her definiert werden“ (Werner Hoyer im Bundestag). Europa hat die Eigenkräfte in der Region entweder

falsch eingeschätzt, oder es hat sie nicht verstanden. Deshalb ist die kritische Frage gestellt worden, ob Europa gegenüber dem Nahen Osten überhaupt eine Politik habe.

Ich räume ein, dass das Ziel einer gemeinsamen Sicherheits- und Außenpolitik durch die Erweiterungen der Europäischen Union immer schwieriger zu erreichen ist. Gerade deshalb wäre es erwägenswert, die Ideen der „Humboldt-Rede“ Joschka Fischers von 2000 über unterschiedliche europäische Geschwindigkeiten fortzuentwickeln. Ob freilich die deutsche Außenpolitik trotz ihres Gewichts im Europa der 27 zu den Prätendenten einer Initiativgruppe gehören würde, die den Frieden im Nahen Osten fester als bisher in den Blick nimmt, ist jedoch eher zweifelhaft.

Die Zeit ist reif, dass Europa vom Status quo des Zweiklangs aus politischen Bekenntnissen und der Mutlosigkeit einer „Realpolitik“, die sich regelmäßig auch aus Gründen des eigenen Versagens vor vollendete Tatsachen gestellt sieht, Abschied nimmt und bei allen Partnern in der Region auf verlässliche Klarstellungen drängt, nicht zuletzt um der eigenen Glaubwürdigkeit willen. Wer die nationale Koexistenz zweier Staaten im Nahen Osten will, muss den Willen und die Kraft haben, ihr zum Durchbruch zu verhelfen.

Ein unendlicher diplomatischer Prozess ohne das Ergebnis des Friedens würde unweigerlich in eine heute noch unvorstellbare Gewalteskalation münden und den Euphemismus vom gemeinsamen Staat für Juden und Araber, für Palästinenser und Israelis endgültig ad absurdum führen. Seine heutigen Anhänger sind zynisch. Denn die einen vertrauen darauf, dass Israel diesen gemeinsamen Staat mit den militärischen Mitteln verhindern wird, während die anderen sich von dem Irrtum leiten lassen, dass er über das Medium der demographischen Dominanz nach dem Motto „one man – one vote“ durchzusetzen wäre. Auch der Appell von Palästinensern und Israelis „The One State Declaration“ vom 27. November 2007 belässt es bei historischen, politischen und

humanitären Begründungen und verzichtet bezeichnenderweise darauf, sich in ihrer Implementierung zu äußern.

Der deutschen und europäischen Außenpolitik stehen viele Wege offen, jene Kräfte auf beiden Seiten zu stärken, die trotz aller Rückschläge ihre Hoffnung auf den Frieden nicht gänzlich verloren haben. Mit sozialen, behördlich-technischen und wirtschaftlichen Infrastrukturprogrammen allein ist es nicht getan. Den Verantwortlichen in Brüssel und in den Hauptstädten Europas sollte das Urteil aus den 1990er Jahren zu denken geben, das solche Hilfen als „Butterbrot“ qualifizierte. Gefragt ist also die Nachdrücklichkeit des politischen Mutes, die man auch von der deutschen Außenpolitik erwarten muss, nachdem sich eines der ängstlichen Gegenargumente als überholt, wenn nicht als haltlos herausgestellt hat: Ein erheblicher Teil der Nahostberater Obamas und Clintons sind Juden, die aus Sorge um das moralische Überleben Israels auf einen radikalen Schnitt in der amerikanischen Politik drängen. Zwei von ihnen, Rahm Emanuel und David Axelrod, sind im Weißen Haus in Spitzenpositionen eingerückt. Im Kongress haben sich Carl Levin (D-Michigan), Howard Berman (D-California), Robert Wexler (D-Florida) und Henry Waxman (D-California) zu Wort gemeldet. Mit anderen wie Robert Malley, Daniel C. Kurtzer, Aharon David Miller und Martin Indyk sind sie es, die nunmehr aus einem vitalen amerikanischen Interesse heraus die Unklarheiten der Politik Washingtons überwinden wollen und jene seit den 1970er Jahren periodisch wiederholte Anfrage dezidiert beantwortet wissen möchten, wie Israelis und Palästinenser vor sich selbst zu retten seien. Dabei können sie sich auf eine Mehrheit in der jüdischen Bevölkerung ihres Landes stützen, in der die Sympathien für einen historischen und fundamentaltheologisch untermauerten Anspruch auf Judäa und Samaria – die Westbank – rapide gefallen sind.
